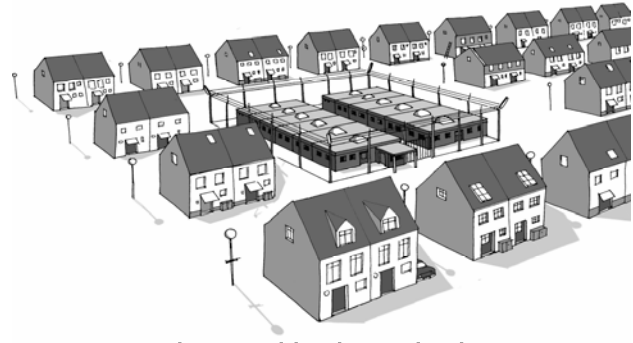


Bayerischer Landtag  
Brigitte Meyer  
Vorsitzende des Ausschusses Soziales, Familie und Arbeit  
Maximilianeum

81627 München



### **Netzwerk Deutschland Lagerland**

Felleke Bahiru Kum  
Am Hohen Weg 2  
86720 Nördlingen

Tel: 0174-2552538

felleq@yahoo.de  
www.deutschland-lagerland.de

16. April 2009

## **Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit, des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden und des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit zum Thema „Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Bayern“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst möchte ich mich im Namen aller Betroffenen und der für uns engagierten BürgerInnen dafür bedanken, dass ich die Gelegenheit bekommen habe, hier zu sprechen.

Ich bin seit Juni 2000 in Deutschland und habe in 3 unterschiedlichen Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis Donau-Ries gelebt. Ich möchte gern über unsere Erfahrungen und Gefühle berichten und unseren Verbesserungsvorschlag und Wünsche unterbreiten.

### **Sachleistungen**

#### **Einmalige Leistungen und Hygieneartikel**

Bei der ersten Anmeldung in der GU werden die folgenden Sachen einmal ausgegeben: je 1 Stück Topf, Tasse, Löffel, Gabel, Handbesen, Kehrschaufel, Schlafdecke, Bettwäsche usw. Die Sachen sind in der Regel gebraucht. Hygieneartikel werden einmal im Monat bis einmal in sechs Monaten ausgegeben. Mit Ausnahme von Spülmittel sind sie von schlechter Qualität und werden von uns meistens nicht benutzt. Es gibt kein Duschgel.

#### **Bekleidung**

Wir bekommen einmal alle 6-7 Monate einen Einladungstermin für die Bekleidung. In einem katholischen Pfarramt wird ein Saal für bestimmte Stunden gemietet, wo wir hingehen müssen und je nach dem erlaubten Betrag Kleider und Schuhe abholen dürfen. Es ähnelt einem Flohmarkt oder Restpostenmarkt, es gibt keine zwei ähnliche Schuhe etc. Es sind nie alle Größen vorhanden, aber wir müssen nehmen, was es gibt. Ob uns das passt oder nicht, interessiert niemanden. Die einzige Alternative ist der Verzicht.

#### **Essenspakete**

Das als frisch bezeichnete Obst und Gemüse ist schon bei der Lieferung zum Teil verschimmelt, verdorben oder zerfetzt. Man kann das bei der Heimleitung reklamieren, aber die Ersatzlieferung kommt erst entweder beim nächsten Termin oder eine Woche später. Das führt öfter zu Streit zwischen uns und dem Personal. Wir bekommen immer zu hören, dass niemand für die Ladung haftet oder der Transport schuld daran ist. Verpackte Lebensmittel waren bisher von „GUT und GÜNSTIG!“ Reis ist besonders schlechte Qualität, er besteht aus schwarzen und zerbrochenen Körnern und ist schlecht zu kochen und zu essen.



Wir dürfen nur aus der Bestellliste auswählen und ankreuzen, aber in der Liste sind nur wenige Sachen, die wir wirklich brauchen. So gibt es z.B. keine roten Linsen, seit kurzem gibt es auch keine passierten Tomaten und keine Vollmilch mehr. Die Lieferzeiten ändern sich ständig. Ab und zu fällt die Lieferung auch unerwartet aus (!) oder wird um einen Tag verschoben. Wenn die Essensausgabe auf einen gesetzlichen Feiertag fällt, erhalten wir zwei Pakete auf einmal. Dann müssen wir die Sachen alle in den kleinen Kühlschränken zusammen packen. Was nicht rein passt, geht schon bald kaputt und ist nicht mehr genießbar.

Es gibt keine Rücksichtnahme auf kulturelle bzw. religiöse Hintergründe, alle müssen von der gleichen Sorte bestellen und die diejenigen, die z.B. nur geschlachtetes Fleisch essen, haben keine Wahl, als den Verzicht auf Fleisch.

Allgemein ist unser Alltag von dem Gefühl geprägt, zu einem Leben gezwungen zu sein, in dem wir essen, nur um nicht zu verhungern und nicht zu sterben.

Sachleistungen waren und sind nie ausreichend. Zudem dürfen wir zwar Fleisch, Zwiebeln, Kartoffeln etc. bestellen, aber wir bekommen kein scharfes Messer. Womit sollen wir das zubereiten? Außerdem werden Sachleistungen von den Behörden und dem Heimpersonal als Druckmittel benutzt, wir werden damit erpresst: wenn du das nicht tust, kriegst du auch dies nicht! Manchmal müssen wir um die Sachen, die uns zustehen, richtig betteln.

Der Mehrbedarf während der Schwangerschaft kann nicht von den Frauen selbst bestellt werden, sondern von der Heimleitung oder der Lieferfirma aus. Schwangere Frauen haben keinerlei Recht zu bestimmen, was sie während der Schwangerschaft essen, die Versuche, das zu verbessern, blieben bis jetzt erfolglos.

Was den Nährwert betrifft, genügen die Essenspakete nicht den ernährungswissenschaftlichen Richtlinien. Die Empfehlungen für das Pausenbrot von Schulkindern sind damit nicht zu erfüllen und kein Wissenschaftler empfiehlt nur 6 Liter Wasser für 7 Tage.

**Diese Praxis ist entwürdigend und ein unmenschlicher Angriff auf unser Selbstbestimmungsrecht, aber so ist unser Leben. Wir müssen einfach die anderen bestimmen lassen, wann und was wir essen, wann und was wir anziehen.**

## **Wie empfinden die Flüchtlinge die Standards in den Gemeinschaftsunterkünften?**

### **Enge in den Gemeinschaftsunterkünften**

Aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen kann ich darüber einiges erzählen. Ich habe am Anfang in einem ca. 12 m<sup>2</sup> großen Zimmer mit einem Iraker und einem Iraner zu dritt gelebt. Wir hatten nur einen sehr kleinen Kühlschrank zu dritt. Ich bin dann in eine andere Gemeinschaftsunterkunft verlegt worden. Nach einer kurzen Zeit in einem Einzelzimmer musste ich in ein Zimmer im Dachgeschoss mit ca. 9 qm Grundfläche zusammen mit einem anderen Flüchtling aus Eritrea leben. Die Dachschräge war so steil, dass wir uns nur in der Hälfte des Zimmers bewegen konnten.

### **Gemeinschaftsräume**

Wenn wir in die Küche gehen oder uns duschen wollten, mussten wir aus dem Dachgeschoss erst zwei Stockwerke in den 1. Stock nach unten gehen. Da wir Küche und Dusche mit allen anderen BewohnerInnen teilten, mussten wir öfter Schlange stehen, um duschen oder kochen zu dürfen.

Eine Toilette und eine Dusche, die zusammen in einem Raum waren, mussten wir uns mit 18 Personen (Männer, Frauen und Kinder) teilen. Nach unserem Protest wurde eine zusätzliche Toilette eingebaut, das machte dann eine Toilette für 9 Personen (Männer, Frauen und Kinder noch immer nicht getrennt). Aber es gibt weiterhin nur eine Dusche für 18 Personen.

Es gibt keine richtigen Küchen, sondern nur bis zu zwei Doppelherdplatten, die in der Gemeinschaftsküche zur Verfügung gestellt wurden. Also teilen sich 9 Personen einen Herd.

### **Ausgrenzung und Isolation**

Ich habe erst in Möttingen gelebt, dann in Donauwörth und jetzt in Nördlingen. In einer GU in einem Dorf wie Möttingen (seit 2001 geschlossen) zu leben heißt, dass man überhaupt keinen Kontakt zur Bevölkerung aufbauen kann. Wir lagen total am Ende des Dorfs, ausgesetzt und isoliert!

Nicht einmal die Sozialarbeiterin der Diakonie Donau-Ries, die einmal jede oder, wie häufig, alle zwei Wochen zu uns kam, hat uns in irgend einer Sprache verstehen können, sie sprach nichts, außer Deutsch. Und wir? Einige sprachen englisch, fast alle sprachen nur Arabisch. Wie uns die Sozialarbeiterin helfen sollte, war uns nicht klar. Aber Sprachkurse durften wir nicht besuchen.

Diese Erfahrungen machen derzeit auch meine KollegInnen aus dem Lagerland-Netzwerk, die in Böbrach, Hauzenberg, Breitenberg, Dinkelsbühl oder Schongau leben. Von Integration kann man nicht reden, weil allein der Zwang, in diesem Haus



(GU) leben zu müssen, das Gefühl gibt, dass ich anders bin als die anderen. Außerdem waren uns die Vorurteile der Bevölkerung gegenüber den LagerbewohnerInnen bekannt und hinderten uns, uns aus dem Isolationslager heraus in die Gesellschaft zu wagen. Wir sind dadurch nicht nur physisch, sondern auch psychisch isoliert und ausgegrenzt.

## Wie wirkt sich die Residenzpflicht aus?

Für mich bedeutet die Residenzpflicht ein bereits gefällttes Urteil zum Leben in einer offenen Vollzugsanstalt, wie unglückliche Tiere im Käfig. Wenn wir gegen die Residenzpflicht verstoßen, hat das erhebliche rechtliche Nachteile, wir müssen Geldstrafen bezahlen und können mit bis zu einem Jahr Gefängnis dafür bestraft werden. Neben der Angst, bestraft zu werden, verursacht das massiven moralischen Druck und seelisches Leid, ich durfte nicht einmal den Gottesdienst einer christlichen Gemeinde außerhalb des Landkreises Donau-Ries besuchen, Ich durfte nicht zu einem Arzt in einem anderen, benachbarten Landkreis. Auch mit der nach viele Bitten und Bezahlung (10 € pro Erlaubnis) erworbenen vorübergehenden Besuchserlaubnis fühlen wir uns nicht sicher, weil wir trotzdem von manchen Polizeibeamten bewusst schikaniert und in der Öffentlichkeit als große Verbrecher behandelt werden.

## Lagerpflicht

Von einem Lager zum anderen umzuziehen, kann besser sein, wenn es einige Vorteile mit sich bringt. Z.B. gibt es in manchen Landkreises bessere Chancen, einen Deutschkurs zu besuchen, liegen die Behörden für Krankenschein, Besuchserlaubnisse und Aufenthaltsverlängerungen näher, genauso wie Verwandte, Freunde oder Landsleute. Aber der Umzug kann auch die schlimmste Aufforderung sein, gegen die wir leider Gottes nichts tun können, wenn er mehr in die Isolation und in repressiven Leben führt.

Wir haben die besonders restriktive Anwendung der Lagerpflicht in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern als Fluch akzeptiert. Viele von uns werden psychisch und auch physisch krank in den Lagern, aber keiner ist bis jetzt dem Ziel der DV Asyl nachgekommen, nämlich der Förderung der „Rückkehr in das Heimatland“. Es ist uns bewusst, dass es nichts gibt gegen diesen Fluch, als für unsere Rechte selbst zu kämpfen.

Wir fordern deshalb eine ersatzlose Streichung der Lagerpflicht aus dem bayerischen Aufnahmegesetz und eine entsprechende und zeitgemäße Überprüfung des AsylbLG allgemein. Sachleistungen und Isolationslager haben wir nicht verdient. Wenn mit dem Gesetz auch „die Belange des Ausländers berücksichtigt“ werden sollen, muss es eine unabhängige Kontrolle der Umsetzung des Gesetzes geben.

Bis jetzt sind dafür die Ausländerbehörde und die Asylbewerberleistungsstelle zuständig. Unserer Erfahrung zufolge haben beide Behörden nur gegen die Flüchtlinge gehandelt, Rechtsvorenhaltungen und Bürokratie ohne Ende gehören zum Alltag. Solange die Ausländerbehörde, unbeaufsichtigt von irgend einer unabhängigen Kontrollbehörde, zu entscheiden oder mitzubestimmen hat, hat jegliche Verbesserung des Gesetzes kein Wirkung, weil nach unseren bisherigen Erfahrungen die Ausländerbehörde versteckt, täuscht oder Beweise erfindet, um den Flüchtlingen einen Verstoß gegen ihre Mitwirkungspflichten zu unterstellen.

## Arbeiterlaubnisse

Wir dürfen entweder telefonisch, schriftlich oder auch persönlich bei der Ausländerbehörde die Anfrage nach einer Arbeiterlaubnis stellen. Es wird uns entweder mündlich oder schriftlich mitgeteilt, ob wir ein Chance haben oder nicht, das heißt, mit positiver Aussicht darf man dann den normalen Arbeitsvertrag mitbringen. Trotzdem werden die Anträge meistens abgelehnt, ohne dass die Entscheidungen begründet werden. Im Landkreis Donau-Ries hat z.B. bis jetzt kein Farbiger eine Arbeiterlaubnis bekommen.

## Medizinische Versorgung

Wir müssen eine Krankenschein bei der Asylbewerberleistungsstelle telefonisch oder persönlich (nach vorher vereinbartem Termin!!) beantragen, dann wird uns der Krankenschein entweder per Post geschickt (dauert normalerweise 2-3 Tage, aber üblich sind mindestens 5 Tage, weil Ausländerbehörde und Asylbewerberleistungsstelle eine gemeinsame Poststelle haben, die nicht an allen Tagen die Post verschickt wird) oder man muss ihn selbst abholen (die Hin- und Rückfahrt kosten nach Donauwörth 10,40 € und werden nicht erstattet).



Wir dürfen nicht einen Arzt aussuchen der uns besser versteht oder behandeln kann, manche Ärzte sprechen nur Deutsch und keiner ihrer Mitarbeiter kann uns verstehen. Sie nehmen jedem Flüchtling den Behandlungsschein ab und damit ist die Behandlung erledigt!! Andere Fachärzte werden von der Asylbewerberleistungsstelle ausgesucht und führen nur den Auftrag der Behörden aus, statt sich mit den Problemen der Patienten zu beschäftigen.

In meiner fast neunjährigen Vergangenheit im Landkreis Donau-Ries habe ich mehrere Flüchtlinge zum Arzt begleitet, beraten und in Krankenhäusern besucht. Es ist zu bedauern, dass ich öfter auf den Krankenscheinen spezielle handschriftliche Vermerke zur Behandlung der Asylbewerberleistungsstelle gelesen habe. Offensichtlich hat ein/e MitarbeiterIn der Asylbewerberleistungsstelle mehr zu entscheiden als einen Facharzt.

## Zusammenfassung

Zusammengefasst kann man sagen, dass wir nicht einmal wie Menschen oder wie ein Lebewesen behandelt werden. Fast jeder Umgang mit den angeblich für uns arbeitenden Behörden oder Sachbearbeitern hat uns nur eines bewiesen: wir sind nicht erwünscht!

Euch allen ist nicht versteckt geblieben, wie viele Risiken und unberechenbare Gefahren uns auf dem Weg hierher begegnet sind. Viele von uns sind bereits so oder so traumatisiert, wir wurden verfolgt von Diktatoren, geplagt von Armut und Krankheiten, aber wir waren für die normalen Bürger immer noch Mitmenschen, und wir sind nicht geflüchtet auf Kosten unseres Menschseins und unserer Menschenwürde.

Wir sind nur aufgrund internationaler Menschenrechtsabkommen hier, und nicht als Besetzungsmacht. Wir haben viele Gefahren mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft überwunden. Was bisher geschah ist genug! Es ist deshalb Zeit für einen Neuanfang:

- **Schluss mit Sachleistungen**
- **Lager Schließen**
- **Lagerpflicht abschaffen**
- **Bewegungsfreiheit zumindest im Freistaat Bayern**
- **Das bürokratische Krankenscheinausstellungsverfahren abschaffen**
- **ein besseres Gesundheitsversorgungssystem durch eine Krankenversicherung**
- **Weniger Entscheidungsmacht und weniger Einfluss für die Ausländerbehörden**
- **Unabhängige Kontrolle von dem, was die örtlichen Behörden „für“ die Flüchtlinge tun**

Meine Damen und Herren, bitte bekämpfen sie nicht die hilfeschuchenden Flüchtlinge, sondern die Ursachen der Flucht. Darüber hinaus möchte ich in Vertretung aller Flüchtlinge aus Äthiopien an alle Parteien appellieren, jegliche Unterstützung und Partnerschaft mit dem menschenrechtsverachtenden und diktatorischen Regime in Äthiopien zu unterlassen, denn das bedeutet Aufmunterung der Diktatur, mehr Flucht und mehr Verfolgung für die Opfer.

Gerade die Partnerschaft zwischen den westlichen Demokratien und den Diktatoren ist so weit gegangen, dass die Afrikanische Union Muammar al-Gaddafi (aus Libyen) als Anführer gewählt hat, und der äthiopische „Premierminister“ Meles Zenawi (der wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der „International Campaign to End Genocide“ beim Internationalen Strafgerichtshof angezeigt wurde), als Außensprecher zum G20-Gipfel nach London entsandt wurde. Für uns war es sehr schmerzlich, dass er neben den Vertretern der Demokratischen Welt Platz nehmen durfte.

Diese beiden Diktatoren kritisierten und lehnten den weitgehenden Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Omar Al-Baschir ab. Sie zeigen sich damit von den Massakern in Darfur völlig unbeeindruckt. Stellen sie vor, als nächstes wird wahrscheinlich Herr Al-Baschir wird als Verteidigungsminister der AU gewählt und damit ist auch das Parlament vollständig.

Deswegen bitte ich Sie ausdrücklich um einen Hilfestopp für das jetzige diktatorische Regime in Äthiopien und auch anderer Herkunftsländer. Keine Demokratie – Keine Hilfgelder! Keine Partnerschaft mit Diktatoren!!

**Ich wünsche Ihnen den Mut, einen neuen Anfang zu machen, und nichts kann Sie daran hindern, wenn der Wille da ist.**

Salaam / Friede Sei Mit euch allen!  
Vielen Dank!

gez. Felleke Bahiru Kum  
Netzwerk Deutschland Lagerland